

Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Maingau Maingauzeitung Flörsheimer Anzeiger

Erscheinung: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illustr. Beilage) Druck u. Verlag sowie verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Flörsheim, Karthausstraße 6. Telefon Nr. 59. Postfachkonto 16867 Frankfurt.

Anzeigen: Kosten die 6gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Kleinere Anzeigen die 6gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 30 Pf. Der Bezugspreis beträgt 1.— RM. Bei Postbezug 1.50 RM.

Nummer 12.

Samstag, den 6. Februar 1926

30. Jahrgang

Neues vom Tage.

Der Reichspräsident wird die Städte Köln, Bonn und Aachen am 21. und 22. März und nicht, wie entgegen einer früheren Meldung festgestellt sei, am 22. und 23. März besuchen.

Nach Mitteilungen, die den Zeitungen von zuständiger Seite zugegangen sind, trifft es zu, daß die von der Reichsbahn beabsichtigten Tarifserhöhungen von der Reichsregierung abgelehnt worden sind.

Reichsminister Dr. Luther hat den Hinterbliebenen des verstorbenen früheren württembergischen Ministerpräsidenten v. Weizsäcker telegraphisch seine Teilnahme ausgesprochen.

Im Reichstag wurde der Gesetzentwurf zur Vereinfachung des Militärstrafrechtes in dritter Lesung mit 167 gegen 137 Stimmen angenommen.

Der frühere österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel ist in Berlin eingetroffen. In seiner Begrüßung hatte sich u. a. der österreichische Gesandte Dr. Frank eingefunden.

Habas meldet aus Brüssel, daß der erste der sechs Ausschüsse der belgischen Kammer den Vorschlag, die Militärdienstzeit auf sechs Monate herabzusetzen, abgelehnt hat.

Die englische Regierung hat im Oberhaus bei der Abimmung über einen Antrag, der sich auf den Ankauf von Land in Irland bezog, eine zahlenmäßige Niederlage erlitten, die aber keine politische Bedeutung hat.

Die Lage bei der Reichspost.

Die Deutsche Reichspost gibt soeben ihren Geschäftsbericht für den Dezember vorigen Jahres heraus. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der ausgelieferten Briefsendungen gegenüber dem Vormonat eine Zunahme von 3,4 Prozent aufweist. Der Postanweisungs-, Postauftrags- und Postnachnahmeverkehr ist gegenüber dem Vormonat gestiegen. Die Stückzahl der eingezahlten Postanweisungen und Zahlarten beträgt 24,4 Millionen, d. i. eine Zunahme gegenüber November um 13,6 Millionen, im Postfachverkehr hat der Umsatz im Dezember bei rund 49 Millionen Buchungen, 9716 Millionen RM. betragen, von denen 7471 Millionen, d. i. 77 Prozent bargeldlos abgewickelt wurden. Die Zahl der Postfachkonten im gesamten Jahre 1925 ist von 809 000 auf 857 000 gestiegen. Der Umsatz betrug 111 Millionen RM. rund, gegen 79 Millionen des Vorjahres.

Das Guthaben der Postfahndungen betrug im Jahresdurchschnitt 872 Millionen gegen 575 Millionen Ende 1924. Ein Ueberweisungverkehr mit dem Auslande besteht mit Dänzig, Oesterreich, Ungarn, der Schweiz, Luxemburg und Dänemark. Die Gesamtzahl der Sprechstellen im Fernsprechwesen betrug im Dezember 2 531 344 gegen 2 519 438 im November, der Funktelegrammverkehr mit dem Auslande zeigt gegenüber November einen Zugang von 19 Prozent, die Zahl der Teilnehmer am Unterhaltungsrundfunk hat die erste Million überschritten. Ende Dezember waren 19 Sender im Betrieb; die Aufstellung eines Senders in Baden ist in Aussicht genommen.

Der Personalbestand der Hauptverwaltung betrug am 31. Dezember 251 896 Beamte im Hauptamt, 40 815 außerhalb des Beamtenverhältnisses, 30 873 Personen als Vertreter und Ausfühlpersonal.

Der Rassenabschluß zeigt an Einnahmen 145,6 Millionen gegenüber 163,1 Millionen an Ausgaben, d. i. eine Mehrausgabe von rund 18 Millionen. Den Hauptanteil daran haben die persönlichen Ausgaben. Die Einnahmen sind hinter den Erwartungen zurückgeblieben, es wurde nicht einmal der Stand des Dezember 1924 erreicht. Der Grund hierfür ist die allgemeine Wirtschaftskrise. Die Finanz- und Wirtschaftslage der Reichspost ist zur Zeit außerordentlich gespannt. Ob es möglich sein wird, durch schärfste Beschränkung der Ausgaben einen Fehlbetrag am Schluß des Wirtschaftsjahres zu vermeiden, muß abgewartet werden.

Der Reichsverkehrsetat.

Scharfe Kritik an der Reichsbahn.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages betonte Reichsverkehrsminister Dr. Kroschke, das Ministerium habe vergeblich die Anerkennung des Schiedsspruches im Lohnkonflikt der Reichsbahn angestrebt. Es sei nicht zu ertragen, wenn das größte Unternehmen Deutschlands einfach aus der deutschen sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Gesetzgebung losgerissen werde. In der Tarifpolitik erkläre sich die günstige Behandlung der Durchfuhrtransporte zum Teil aus dem Balutadumping, unter dem Deutschland jetzt leide.

Von einem Geldüberschuß bei der Reichsbahn könne nicht die Rede sein. Die 152 Millionen Ueberschuß aus dem letzten Jahre sind auf unser Drängen, so führte der Minister weiter aus, sofort in den Voranschlag für Beschaffung, Oberbauverpflichtungen usw. eingestellt worden. Die Reichsregierung wird verhalten, im Interesse der Industrie und der Arbeitsbeschaffung, der Reichsbahngesellschaft weitere Mittel zur Verfügung zu stellen gegen eigenwillige Ueberlassung von Vorzugsaktien an das Reich.

Von einem Vertreter der Reichsfinanzverwaltung wurde mitgeteilt, daß das Reich zu den bisherigen 500 Millionen weitere 124 Millionen Vorzugsaktien gegen eine Anleihe in den Reichsbank übernommen habe. Die Reichsregierung sei darauf bedacht, daß ihr Einfluß auf die Reichsbahnverwaltung nicht durch Vergebung von Vorzugsaktien in fremde Hände vermindert werde. Ein Vertreter des Rechnungshofes sprach die Hoffnung aus, die Reichsbahngesellschaft möge zu der Einsicht kommen, daß in der Revisionsfrage ein größeres Entgegenkommen gegen das Reich in ihrem eigenen Interesse liege. In der lebhaften Aussprache wurde die Tätigkeit des Reichsverkehrsministeriums anerkannt. Schärfste Kritik wurde von allen Rednern an dem Verhalten der Reichsbahnverwaltung geübt. Es habe sich jetzt herausgestellt, daß die eminenten Bestimmungen des Reichsbahngesetzes nicht von den Ausländern, sondern von den deutschen Vertretern in das Gesetz hineingearbeitet worden seien. Auch gegen die Betriebsführung der Reichsbahngesellschaft wurden schärfste Angriffe gerichtet. Verwahrung wurde schließlich von allen Rednern dagegen eingelegt, daß die Reichsbahnverwaltung den vom Arbeitsminister für verbindlich erklärten Schiedsspruch nicht durchführen wolle. Damit war der Etat des Reichsverkehrsministeriums erledigt.

Der Konflikt bei der Bahn.

Die Eisenbahnverbände im Reichsarbeitsministerium.

Vertreter der drei Eisenbahnverbände waren im Reichsarbeitsministerium, um sich über die Rechtslage zu unterrichten, die durch die Nichtdurchführung des verbindlichen Schiedsspruches seitens der Deutschen Reichsbahngesellschaft entstanden ist.

Der Vertreter des Reichsarbeitsministers legte dar, daß auf dem Gebiet des Schlichtungsrechtes auch die Deutsche Reichsbahngesellschaft keine Sonderstellung beanspruchen könne. Das Bedürfnis, eine gewaltsame Ausdrangung von Streitigkeiten zu vermeiden, sei bei der Reichsbahn sogar erhöht. Das Reichsbahnschiedsgericht sei zu einer Entscheidung über die Zulässigkeit der Verbindlichkeitsklärung nicht zuständig, da diese nicht durch die Reichsregierung, sondern durch den Reichsarbeitsminister als Zustand des Schlichtungsverfahrens ausgesprochen werde und daher ein Streit zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahngesellschaft gar nicht vorliege.

Die Rechtslage sei nach Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches für die Eisenbahnarbeiter und ihre Verbände keine andere als gegenüber jedem privaten Arbeitgeber, so daß sie also ihre Ansprüche gerichtlich geltend machen müßten. Die Vertreter der Gewerkschaften stellten fest, daß sich diese Ausführungen mit ihren eigenen Anschauungen durchaus deckten und wiesen darauf hin, daß der Reichsbahngesellschaft durch die Durchführung des Schiedsspruches nur eine Verlastung von 11,8 Millionen Mark jährlich erwachse, was bei der Höhe ihres Gesamtetats überhaupt nicht ins Gewicht falle.

Politische Tageschau.

Erledigung des Falles Beerfeldt. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, hatte sich vor einiger Zeit genötigt gesehen, gegen den bekannten Pazifisten Hauptmann a. D. von Beerfeldt, der im Zusammenhang mit der Förderung der Kriegsschuldfrage den Minister in der Öffentlichkeit persönlich angegriffen hatte, Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen. Nunmehr teilte v. Beerfeldt dem Minister schriftlich mit, er habe sich übergeben, daß der Minister der objektiven Erforschung der Kriegsschuldfrage keine Schwierigkeiten in den Weg lege. Er habe nicht die Absicht gehabt, den Minister persönlich zu beleidigen und nehme seine Äußerungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Der Minister hat daraufhin seinen Strafantrag zurückgezogen.

Ein Zwischenfall in der hamburgischen Bürgerschaft. Gegen Schluß der letzten Sitzung kam es bei der Rede des Justizsenators Dr. Koldke zu einem außerordentlich peinlichen Zwischenfall, wie er bisher in der Bürgerschaft noch nicht dagewesen ist. Als Dr. Koldke den Ausdruck „politische Verbrecher“ von den Gefangenen in Groden gebraucht, erregten sich die Kommunisten außerordentlich. Der Kommunist Jahnke warf dem Senator einen Bündel Ästen an den Kopf und stürzte mit seinen Genossen zur Tribüne, während die sozialdemokratischen und demokratischen Abgeordneten den Redner umringten, um ihn zu schützen. Der Präsident hob die Sitzung auf und verkündete nach Wiederaufnahme der Sitzung aus Schluß des Ratsenausschusses Jahnke von der Sitzung ausgeschlossen zu sein. Jahnke verließ darauf den Saal. Unter großer Erregung wurde dann in der Beratung fortgefahren.

Zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Habas meldet aus Genf, daß der Antrag Deutschlands auf Zulassung zum Völkerbund in Genf für Ende dieser oder Anfang nächster Woche erwartet werde. In diesem Falle werde der Völkerbundsrat kommende Woche in Genf eine kurze Sitzung abhalten und den Zeitpunkt der Zusammenkunft der außerordentlichen Vollversammlung festsetzen, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu prüfen hätte. Diese Vollversammlung würde gegen den 8. oder 10. März gleichzeitig mit der außerordentlichen Tagung des Völkerbundsrates zusammengetreten.

Der Reichstag und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Der Bevölkerungspolitische Ausschuß des Reichstages hat den § 7 der Vorlage zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der die Behandlung nur den approbierten Ärzten gestattet, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Die Frage der Exportkreditversicherung. Soeben hat im Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung über die Frage der Exportkreditversicherung stattgefunden, an der sowohl die Spitzenverbände von Industrie und Handel wie auch die Kreditversicherungs- und Rückversicherungsgeellschaften teilnahmen. Uebereinstimmung bestand darin, daß Wege zur Förderung des Exportes gefunden werden müßten. Dabei wurde neben dem vom Reichswirtschaftsministerium aufgestellten Plan noch ein zweiter Vorschlag, der aus den Kreisen des Hamburger Exports stammt, zur Diskussion gestellt. Die Durchführbarkeit des ersten sowie die eventuelle Vereinigung beider Vorschläge werden geprüft und binnen kürzester Frist ein Beschluß gefaßt werden.

Die Stellung Ostpreußens zum Reich. Der Ostpreussische Provinziallandtag hat einstimmig einen vom Provinzialausschuß empfohlenen Antrag angenommen, in dem es heißt: „Der 53. Provinziallandtag der Provinz Ostpreußen hat von dem Beschluß des Preussischen Landtages vom 17. Dezember 1925, der Provinz Ostpreußen in Anbetracht ihrer durch die geographische Trennung vom Reich geschaffenen besonderen Lage besondere Behandlung und Unterstützung angedeihen zu lassen, mit Befriedigung und Dank Kenntnis genommen. Er erwartet von der Staatsregierung, daß sie die Durchführung der vom Preussischen Landtag beschlossenen Maßnahmen sogleich tatkräftig in die Hand nehmen und die erforderlichen Mittel bereitstellen wird. Nur durch schnelle, umfassende Hilfe kann die Provinz Ostpreußen dazu befähigt werden, die ihr als Trägerin deutscher Kultur auf vorgeschobenem Posten zufallenden besonderen Aufgaben zu erfüllen.“

Festnahme auf ostpreussischen Gütern. Nach einer deutsch-polnischen Anfrage im Landtage sollen im November vorigen Jahres auf den Gütern Altallenstein und Kauenborf 19 Personen unter dem Verdacht der Geheimbündelei verhaftet und nach Königsberg gebracht worden sein. Demgegenüber stellt der preussische Minister des Innern, wie der Antlitz Preussische Pressedienst mitteilt, zunächst richtig, daß es sich nicht um eine Verhaftung, sondern um eine polizeiliche Festnahme unter dem dringenden Verdacht der Zugehörigkeit zu einer verbotenen militärischen Organisation und Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz handele. Die festgenommenen Personen seien nach ihrer Vernehmung wieder freigelassen worden.

Die Deutschen in Italien. Nach einer unlängst abgeschlossenen amtlichen italienischen Statistik beläuft sich die Zahl der nach dem Kriege nach Italien zurückgekehrten deutschen Staatsangehörigen, darunter zahlreiche Techniker, Industrielle und Kaufleute, auf mehrere Zehntausend. Davon entfallen auf Mailand 3714, auf Rom 1043 und auf Turin 1690.

Mitlungener Militärputsch in Lissabon. Nach einer Habasmeldung aus Portugal ist in Lissabon ein Staatsstreich versucht worden. Die Aufständischen haben sich, nachdem man ihnen mit Belagerung und Bombardement gedroht hatte, daraufhin bedingungslos ergeben.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 4. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bringt Abg. Noedel (Komm.) einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein, weil sie die Erledigung der Erwerbslosenfürsorge verschleppt habe.

Abg. Hoch (Zog.) wirft den Kommunisten Taschengeld vor. Erst heute habe der Reichsarbeitsminister im Ausschuß gesagt, daß eine Erwerbslosenliste morgen oder übermorgen vom Kabinett verabschiedet werden soll.

Gegen die Behandlung des kommunistischen Antrages wird Widerspruch erhoben.

Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Beratung des Sperrgesetzes zur Parteienabfindung.

Nach Artikel 1 des Gesetzes sind alle Reichsvereinigungen, die zwischen den Rändern und den Mitgliedern der ehemals regierenden Parteien, sowie der übrigen in Betracht kommenden Familien, über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung anhängig sind, auf Antrag einer Partei bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Regelung (Gesetz oder Volksentscheid) auszusetzen. Einstweilige Verfügungen sollen hierdurch nicht berührt werden. Nach Artikel 8 tritt das Gesetz mit dem Tag der Verkündung in Kraft und mit dem 30. Juli 1926 außer Kraft.

Abg. Dr. Pfleger (Bayer. Ap.) berichtet über die Verhandlungen des Reichsausschusses. Die Meinung des Ausschusses sei, daß auch die vor den Schiedsgerichten schwebenden Streitigkeiten unter das Gesetz fallen.

Das Sperrgesetz wird darauf in zweiter und dritter Lesung mit Zweidrittelmehrheit gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Völkischen angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über

Militärgerichte und Militärgerichtsverfahren.

Abg. Dr. Rosenfeld (Zog.) zieht in der Vorlage einen Vorstoß der Regierung gegen Erregungsfälle der Revolution.

Abg. Dr. Koffch (Komm.) lehnt die Vorlage als lächerlich ab. Sie sei einem verführten militärischen Geist entsprungen.

Die Vorlage wird dann in zweiter und dritter Lesung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Abgelehnt wird eine Entschließung Landsberg (Soz.), die Disziplinarstrafordnung dahin zu ändern, daß nur rechtskräftig festgesetzte Disziplinarstrafen vollstreckt werden können.

Eine Entschließung Schulte-Breslau (Str.) fordert einen Gedenktag, durch den für alle im öffentlichen Dienst stehenden Personen die Herausforderung zum Zweikampf und die Annahme einer solchen Herausforderung als Grund der Entlassung bezw. fristlosen Lösung des bestehenden Vertragsverhältnisses bestimmt wird. Die Entschließung wird mit 216 gegen 125 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Völkischen und die Wirtschaftspartei.

Dann vertagt sich das Haus auf Freitag 2 Uhr.

Berlin, 5. Februar.

Anträge der Sozialdemokraten, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Deutschnationalen auf Steuererleichterung werden dem Steuerauschuß überwiesen, ein demokratischer Antrag auf Einführung des Registerpfandrechts im Rechtsauschuß wird angenommen. Angenommen wird ein Antrag des Verkehrsausschusses bei der Deutschen Reichsbahn, die sofortige Aufhebung der Verteuerung der Fahrpreise für Jugendfahrten herbeizuführen. Ferner wird eine Denkschrift zu dieser Frage gefordert, damit Maßnahmen getroffen werden können, die jede mißbräuchliche Ausnutzung dieser Vergünstigung ausschließen. Angenommen wird ein Antrag Wildemeister (D. Vp.) auf Vorlegung eines Reichsbahnwassergesetzes.

Zur Annahme gelangt ferner ein Antrag Hehrenbach (Str.) auf Befreiung der Bestimmung des Gerichtsverfassungsgesetzes, daß Armenunterstützungsempfänger Schöffen sein dürfen.

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt eine Änderung der Emminger'schen Justizverordnung dahin, daß in den Großen Schöffengerichten den Laien gegenüber den Richtern die Mehrheit gesichert werden soll. Weiter wird die

Wiederherstellung der früheren Schwurgerichte verlangt, sowie die Beschränkung der Zuständigkeit der Einzelrichter.

Abg. Dr. Borth (Dnl.) beantragt im Namen des Rechtsauschusses Ablehnung des Antrages.

Abg. Landsberg (Soz.) betont die Notwendigkeit der Wiederherstellung der alten Schwurgerichte, die beim Volke großes Vertrauen besaßen hätten. Der gelehrte Richter verfallt oft in ein gewisses Schema, während der Laie aus der Praxis urteilt.

Das Haus tritt dem Antrag des Ausschusses bei.

Angenommen wird ein Antrag des Volkswirtschaftlichen Ausschusses, der die Regierung ersucht, den Beschluß des Reichstags auf Abhaltung einer Wirtschaftsenquete möglichst bald auszuführen.

Zur Verhandlung steht dann ein demokratischer Antrag auf Einbeziehung der Bahnhofverkaufsstände, Selterwasserhäuschen usw. in die Bestimmungen der Gewerbeordnung über Sonntagsruhe und Ladenschluß. Als dem unmittelbaren Reisebedürfnis dienend, sollen je ein Wirtschaftsbetrieb und ein Zeitungsverkaufsstand ausgenommen werden. Der Ausschuß hat dem Antrage zugestimmt und schlägt ferner eine Entschließung vor, wonach die auf dem Eisenbahngelände betriebenen Gewerbe, die nicht auf die Eisenbahnbeförderung abzielen, nicht zu den Betrieben der Eisenbahnunternehmungen rechnen. Indessen kann die höhere Verwaltungsbehörde für die Bahnhofsökonomie und andere, auf dem Gelände gelegenen Betriebe Ausnahmen über Polizeistunde, Sonntagsruhe und Ladenschluß bewilligen, soweit dies zur Befriedigung der die Eisenbahn in Anspruch nehmenden Bevölkerung geboten erscheint.

Der Antrag des Ausschusses wird nach kurzer Befürwortung durch den Abg. Hill (Dnm.) einstimmig angenommen. Das Haus vertagt sich. Es entspinnt sich aber eine ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte, die zum Teil erregte Formen annimmt. Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung am Samstag abzuhalten.

Abg. Andre (Str.) hält es für eine ganz verfehlte Methode, dauernd 500 Abgeordnete in Berlin festzuhalten und dann nur täglich kurze Sitzungen von ein paar Stunden abzuhalten, weil es an Stoff fehle. (Beifall und Widerspruch.) Man sollte doch lieber die Ausschüsse arbeiten lassen, damit endlich der Reichshaushaltsplan einmal rechtzeitig unter Dach und Fach komme. (Lebhafte Zustimmung, Lärm bei den Kommunisten.)

Das einsame Schloß.

Roman von Erich Ebenstein.

Urheberrecht durch Stuttgarter Romanzentrale
E. Ackermann, Stuttgart.

„Gut. Das war einer. Aber Herr Udo hatte ja noch zwei andere Söhne.“

„Ja. Meinrich, den zweitältesten, und Bodo, der mein Großvater war.“

„Nun — und hielten die etwa Frieden? Hatten die auch nur eine Spur von Familiensinn? Nein! Sonst, bei Gott, wäre dieser elende und traurige Prozeß, der Deinen Vater vorzeitig ins Grab brachte, doch nie möglich gewesen! Und nie hätte Meinrich Rosenknecht es übers Herz bringen können, das Stammschloß seiner Familie fremden Leuten zu vermachen, anstatt seinem leiblichen Bruder und dessen Nachkommen! Hab' ich nicht recht?“

„Ja und nein, mein Kind. Denn daß es so kam, daran ist nicht Mangel an Familiensinn schuld, sondern ganz etwas anderes. Ich habe Dir nie davon erzählt, weil Du durchaus nichts mehr von dem alten Prozeß hören wolltest.“

„Weil es Dich immer wieder so aufregt, Mama! Du sollst auch jetzt nicht davon reden.“

„Nein, Kind, laß nur. Gerade heute, wo ich so viel über diese alte Familienangelegenheiten nachgedacht habe, tut es mir gut, mich einmal aussprechen zu können! Ich habe ja nur Dich mehr, Liebling, mit der ich davon reden kann! Und vielleicht, wenn Du alles weißt, kommst Du dann zu denselben Schlüssen, wie ich.“

Die Majorin starrte gedankenverloren vor sich hin. Dann sah sie die Tochter fest an.

„Es war nicht Mangel an Familiensinn oder Pietätlosigkeit, was Meinrich Rosenknechts Handeln bestimmte,

Abg. Müller-Franken (Soz.) hält eine neue außenpolitische Debatte für überflüssig, da sie nur Wiederholungen bringen könne. Die grundsätzlichen Berichter der Parlamente von rechts und links wollten nur Aufstrebereien halten. (Großer Lärm bei den Kommunisten und Völkischen.)

Die Anträge auf eine neue außenpolitische Debatte und auf Besprechung des kommunistischen Mißtrauensantrages werden abgelehnt. Das Haus beschließt mit 148 gegen 122 Stimmen bei drei Enthaltungen, am Samstag keine Sitzung abzuhalten.

Montag 8 Uhr: Rechtsverhältnisse der Reichsbahn.

Preussischer Landtag.

Berlin, 5. Februar.

Der Landtag nahm eingangs der Freitagsitzung zunächst eine Reihe von Ausschußberichten entgegen. Dabei wurde u. a. ein Antrag angenommen, die Schaffung von Dauerliegärten im Rahmen des in Vorbereitung befindlichen Städtebaugesetzes zu regeln, insbesondere die im Entwurf vorgesehenen Gartenflächen den Spiel- und Sportplätzen gleichzustellen. Ferner fand Annahme ein Antrag des Ortsausschusses, mit größter Beschleunigung erhöhte Mittel für die Provinzen Oberschlesien, Niederschlesien, Grenzmark Posen und Ostpreußen zur Behebung der Wohnungsnot zur Verfügung zu stellen. Außerdem sind für dieses Gebiet Maßnahmen zu treffen, welche die rechtzeitige Behebung der Domänenbauten fördern. Das Haus setzte dann die Einzelbesprechung der Städteordnung fort.

Aus aller Welt.

□ Erdbeben. Vom Seismographen in Plauen i. V. wurden mehrere Erderschütterungen verzeichnet. Der erste dauerte 3 Minuten, ein weiterer von 2 Minuten erfolgte, der dritte war nur von kürzerer Dauer. Der Ausschlag war nur gering, etwa 1 Millimeter. Der Ausgangspunkt der Erschütterungen scheint in geringer Entfernung zu liegen.

□ Kommunische Ausschreitungen in Charlottenburg. Aus Anlaß der Zusammenstöße am Wilhelmplatz in Charlottenburg hatten die Kommunisten einen Demonstrationsszug angedeutet. Hierbei kam es am Luisenplatz in Charlottenburg zu Zusammenstößen. Ein Polizeiwachmeister wollte einen Kommunisten feststellen, wurde aber umringt, zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. Er erlitt schwere Verletzungen. Ebenso wurden zwei Passanten durch Stiebwunden und Fußtritte nicht unerheblich verletzt.

□ Ein grauenvoller Mord in Hamburg. Eine Zeitungsfrau fand in einer Strassenrinne in Hamburg einen Koffer. Beim Öffnen des Koffers fand sie im Koffer den Unterteil einer weiblichen Leiche, der in eine schwarze Sackdecke und eine große Schlafdecke eingehüllt war. Die sofort benachrichtigte Kriminalpolizei arbeitet mit allen Mitteln an der Aufklärung des Mordes. Der obere Teil der Leiche konnte bis jetzt noch nicht gefunden werden.

□ Ein Lehrstuhl für Germanistik an der Amsterdamer Universität. Die Stadtverordnetenversammlung in Amsterdam hat den auf Anregung der Kuratoren der Amsterdamer städtischen Universität ihr vom Magistrat unterbreiteten Antrag, durch welchen der niederländisch-deutschen Vereinigung die Errichtung eines besonderen Lehrstuhles für Unterricht in der deutschen Sprache und der deutschen Literatur bewilligt wird, in ihrer gestrigen Sitzung angenommen.

□ Dampferunglück bei Wlissingen. Nach Meldungen aus Wlissingen wurde der Dampfer „Windrel“ auf der Schelde vor Wlissingen von einem britischen Dampfer angefahren. Die



sondern Haß, blutiger Haß, der so tief und unausschließbar nur aus zerrütteter Liebe quellen kann. Denn Du mußt wissen, daß Meinrich und Bodo dieselbe Frau, meine spätere Großmutter, liebten und daß die schöne Baroness Siegrada von Melan ein Jahr lang die Braut Meinrichs war, ehe sie, sozusagen in erster Stunde, sich anders besann und Bodo Rosenknechts Frau wurde.“

„O — und davon hast Du mir nie erzählt, Mama!“

„Ich wollte es nicht. Du warst so jung und es handelt sich um Deine Urgroßmutter, deren Andenken ich in Deinen Augen nicht trüben wollte. Aber nun bist Du ja schon zwanzig Jahre und wirst deshalb nicht geringer von ihr denken, weil sie ihr Herz über die Konventionen stellte und nicht nach dem Urteil der Welt fragte.“

„Gewiß nicht. Warum sollte sie nicht das Recht gehabt haben, frei zu wählen?“

„Du vergißt, daß sie bereits gewählt hatte, ehe sie ihres Verlobten jüngeren Bruder kennen lernte. Erst drei Tage vor der Hochzeit, als mein Großvater ihr seinen Entschluß mitteilte, gleich seinem ältesten Bruder Hugo Verus und Heimat aufzugeben, um in der Fremde Vergessen zu suchen, erkannte sie, daß ihre Heirat mit Meinrich Frevel wäre, weil ihr Herz doch immer Bodo gehören würde.“

In derselben Stunde noch schrieb sie ihrem Verlobten den Abschiedsbrief und bekannte ihm ehrlich, weshalb sie seine Frau nicht werden könne. Meinrich hat beiden das Aufsehen und die Täuschung nie verziehen. Schon damals soll er geschworen haben, sich an seinem Bruder zu rächen. Er ging dann auf Reisen und heiratete drei Jahre später die Tochter eines reichen Zuckerfabrikanten in Romberg. Zwischen ihm und seinem Bruder hatte jeder Verkehr aufgehört. Selbst am Totenbett des alten Herrn Udo und bei dessen Beerdigung konnte er in seinem Haß nicht einmal einen Gruß bringen.“

„Windrel“ sank in kurzer Zeit. Die Besatzung und der belgische Besatz wurden gerettet.

□ Ein tschechisches Militärflugzeug abgestürzt. In Proßnitz in Mähren stieß ein tschechisches Militärflugzeug im Nebel gegen einen Kirchturm und stürzte aus 50 Meter Höhe ab und explodierte. Der Pilot und der Beobachter erlitten tödliche Verletzungen.

□ Weibliche Rache. In einem Trambahnwagen in Budapest schlug eine Universitätslehrerin den Oberstadthauptmannsstellvertreter mit einem Gummiknüppel. Auf dem Wege zur Oberstadthauptmannschaft nahm sie Gift, das aber wirkungslos blieb, da sofort eine Magenspülung vorgenommen wurde. Es liegt ein Racheakt vor. Die Angreiferin wurde seinerzeit wegen kommunistischer Umtriebe zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt.

□ Von der Weltmeisterin zur Herzogin von Westminster. Eine englische Sportkorrespondenz verbreitet die Nachricht, daß die bekannte französische Tennisspielerin Suzanne Lenglen die Absicht habe, sich mit dem jüngst geschiedenen Herzog von Westminster zu verloben.

□ Deutsche Hilfe für englische Schiffbrüchige. Der Dampfer „Manchester Produce“, der am 26. Januar Halifax verlassen hatte und nach Manchester bestimmt war, ist durch Bruch der Ruderkelle steuerlos geworden. Der Kapitän des deutschen Dampfers „Hannover“, der den Schiffbrüchigen Hilfe eile, teilte ihnen mit, daß er versuchen werde, das beschädigte Schiff nach den Azoren zu schleppen.

□ Dänische Hilfsbereitschaft. Im Vangelangsfeld vor Albu wurde einem 17-jährigen Leichnam, der auf dem deutschen Ruff „Osten“ aus Hamburg angeheuert war, der eine Fuß durch eine Stahltrosse abgerissen. Durch den in der Nähe befindlichen Motorhänger „Nota“ wurde mittels Funk ärztliche Hilfe über Kopenhagen aus Rakfoss requiriert. Dr. Laffort fuhr sofort mit dem Auto nach Bangor, von wo er mit dem Koffenboot nach dem Ruff übergesetzt wurde. Nach Anlegen eines Verbandes nahm er den Verunglückten mit an Bord.

□ Die deutsche Schule in Tokio niedergebrannt. Die Schule der deutschen Kolonie in Tokio, im Vorort Omori, ist niedergebrannt. Verletzt wurde niemand, jedoch ist der Sachschaden bedeutend.

□ Zur Milderung der amerikanischen Antialkoholgesetzgebung. Nach einer Beobachtung der Durchführung der Antialkoholgesetzgebung im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten teilte nunmehr die Temperanzgesellschaft der Episkopalkirche, die für die Annahme der Antialkoholgesetzgebung gewirkt hatte, mit, sie werde jetzt für eine Milderung dieser Gesetzgebung eintreten. Der Vorsitzende dieser Gesellschaft, die Geistliche und Laien der protestantischen Episkopalkirche umfasst, erklärte, der Werbefeldzug zugunsten einer Milderung der strengen Antialkoholgesetzgebung würde erfolgen, um die jungen Leute der Nation vor dem heimlichen Alkoholgenuß zu bewahren.

Aus Nah und Fern.

□ Aufgehobene Sperremaßnahmen. Da weitere Tollwutfälle nicht vorgekommen sind, hat das Ministerium die Sperre in Erbad (Odenwald) wieder aufgehoben.

□ Ein Todesopfer infolge Tollwut. Die in Unterfranken stark verbreitete Tollwut hat in A r l s t a b a. M. ein Todesopfer gefordert. Eine Kuh, die wahrscheinlich von einem kranken Hunde gebissen worden war, mußte getötet werden. Der siebenjährige Sohn des Besitzers kam mit der Kuh in Berührung, erkrankte und verstarb bald darauf.

□ Gründung einer Milchzentrale. In einer Vertreterversammlung der Kreisbauernschaft in P a n a u wurde beschlossen, sich reslos an der Gründung einer Milchzentrale zu beteiligen. Vorläufig soll eine Anzahl Milchkannen für die einzelnen Ortsgruppen angeschafft werden.

□ Stadtverordnetenwahlen. Bei starker Wahlbeteiligung wurden bei den Stadtverordnetenwahlen in K ö n i g s t e i n, die infolge der Auflösung des Stadtparlamentes durch die Regierung vorgenommen werden mußten, 5 Kandidaten vom Zentrum, 4 von der Bürgerliste, 2 von der Mittelstands- und Pandowerkliste und 3 Sozialdemokraten gewählt.

□ Vandalismus. An der Landstraße Dorheim-Friedberg wurden zahlreiche junge Obstbäume abgeschlagen und anderen die Krone beschädigt. Die Fußpfuren wurden von der Gendarmerie in Gips festgehalten. Mit Hilfe derselben gelang es, den Täter bald zu ermitteln. Er ist geständig.

„Und auch später kam es zu keiner Aussöhnung?“

„Nie mehr, obwohl meine Großmutter es an Versuchen dazu nicht fehlen ließ.“

Hella lautete der Erzählung ihrer Mutter, die fortfuhr: „Als ihr Sohn Erwin, mein Vater, geboren wurde, teilte sie selbst es ihrem Schwager nach Gassenhofen mit. Es kam keine Antwort. Später, als Meinrichs einziger Sohn Udo beim Rennen verunglückte, schrieb meine Großmutter ihm einen herzlichen Brief, der gleichfalls unbeantwortet blieb. Nachträglich erst erfuhr man, daß Meinrich einen Tag nach dem Tode seines Sohnes jenes unselige Testament aufgesetzt hatte, in dem er Gassenhofen und sein ganzes Vermögen dem Bruder seiner Frau vermachte.“

„Wußte man eigentlich schon bei seinen Lebzeiten um den Inhalt dieses Testaments?“

„Nicht genau. Aber es sprach sich doch allerlei herum, und drang auch zu den Ohren Großpapas, der kurz zuvor seine Frau und gleichzeitig auch den größten Teil seines Vermögens verloren hatte. Aber Großpapa lachte nur dazu. Er verließ sich eben allzu fest auf das Hausgesetz, das ein Vorfahr im achtzehnten Jahrhundert errichtet hatte und nach dem kein Rosenknecht das Stammschloß samt dem dazu gehörigen Familienfonds an Fremde vererben durfte, so lange noch irgend ein Glied der Familie am Leben sei. Im Falle alle männlichen Angehörigen ausgestorben, weibliche aber noch vorhanden seien, hätte diese das Erbrecht, aber mit der Verpflichtung, ihrem jeweiligen Namen den Namen Rosenknecht beizufügen, und diesen vor dem Aussterben zu bewahren. Ueber diesen letzten Punkt besteht eine eigene Urkunde, gültig für alle Zeiten und eigenhändig unterzeichnet von der Kaiserin Maria Theresia.“

(Fortsetzung folgt.)

Weiches Wasser für die Wäsche! Eine zeitgemäße Forderung. Jedes Wasser enthält Kalk, in einigen Gegenden viel, in anderen weniger. Wasser mit hohem Kalkgehalt nennt man hart. Dieser Kalkgehalt hat die unangenehme Eigenschaft, das zum Waschen benutzte Waschmittel in seiner Wirkung empfindlich zu behindern. Der Kalkgehalt verbindet sich mit einem Teil des Seifengehaltes des Waschmittels und macht diesen unwirksam. So kann allein 1 Gramm Kalk etwa 15 Gramm mittelmutter Seife für den Waschprozeß auscheiden! Zum Glück gibt es aber Mittel, die sich zum Weichmachen des Wassers gut eignen, und da ist an erster Stelle die Weichsoda zu nennen, die die Hausfrau ja auch zum Einweichen der Wäsche gebraucht. Nur einige Handvoll Weichsoda genügen, einen großen Kessel voll Wasser in wenigen Minuten zu enthärten. Man gibt zu diesem Zweck die Weichsoda einige Zeit vor Bereitung der Lauge ins kalte Wasser und löst sie durch Umrühren gut auf. Weichsoda hat die Fähigkeit, den übermäßig hohen Kalkgehalt zu binden und niederzuschlagen. Der Vorteil des dadurch erzielten weichen Wassers liegt in ungleich besserer Auswertung des Waschmittels, erhöhter Schaumwirkung und damit, wie unschwer einzusehen ist, wesentlich sparsamerem Waschen!

Sonntag Segageschmä, den 7. Februar
Nachmittags 2 Uhr Gottesdienst.

sowie „Rainger Altien-Bier“
Doppelrad, hell und dunkel in
Originalflaschen, ferner
Mineralwasser Kaiser Fried-
rich Quelle empfiehlt
Anton Fleisch, Eisenbahnstr. 41
Telefon 61.

Erdal
putzt die Schuhe, pflegt das Leder!

Der Bürgermeister: Lind.

Flörsheim, den 5. Februar. g. Schlicht, Lehrer.

so teilnahmvoll die letzte Ehre erwiesen, auch durch Kranzspenden, sowie den Herren Lehrern und Krankenschwestern unseren innigsten Dank. Ganz besonderen Dank dem Elisabethen- und Eisenbahnverein im Namen dessen H. Inspektor Beaurys herzlichen Worte noch so manche Lebenserinnerung ins Gedächtnis zurückriefen.

Wiesbaden, Mainz, Flörsheim, den 4. Februar 1926.



weil meine glänzenden Schuhe den Eindruck meines gepflegten Äusseren erhöhen. Legen Sie gleichen Wert auf Ihr Äusseres, so lassen Sie Ihre Schuhe stets mit Erdal Marke Rotfrosch putzen. Sie erhöhen damit die Lebensdauer Ihrer Schuhe und erhalten deren ursprüngliche Schönheit.

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder!



Gold- u. Silbermarken

Trauringe zu bekannt billigen
Preisen Alle Reparaturen wer-
den schnellstens ausgeführt.

Franz Weismantel, Mainz,
Brand 11. Gegründet 1887.

Bestellungen und Reparaturen
nimmt entgegen Frau Josef Jany,
Hörsheim a. M., Riedstraße 1

Man liest Manuskripte nur einseitig
zu beschreiben.



Ein Faschingstraum?

und Preis-Kreppelessen ist der ungeheurer Nachfrage wegen

beim Preismaskenball mit Prämierung im „Sängerheim“

unwiderruflich

am Sonntag, 7. Febr. abends 6.71 Uhr

bis Nachts 2 Uhr

mit 8 Mann starkem Orchester.

Kommen Sie rechtzeitig! Der Andrang ist stets derselbe! Eine nochmalige Wiederholung in diesem Jahre ausgeschlossen.

Sport-Verein 09 **So. J.** Flörsheim a. M.



Sonntag, den 7. Februar, abends 7.11 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“

1. Turner Masken-Ball

bei gutem Orchester.
Eintritt für Masken 1 Mk.
Kassenöffnung 6.11 Uhr. — Ab 10 Uhr Eröffnung des Café „Paulchen“.
Mitglieder ohne Masken 50 Pfg.
Es ladet höflichst ein: Der Vorstand.



Turnverein v. 1861
E. U., Flörsheim

Hum. Musik-Verein Eintracht
1921 Flörsheim am Main 1921



Achtung! Achtung!

Heute Samstag, den 6. Februar

Großer

Maskenball

im Sängerheim mit großen Überraschungen.
Saalöffnung 6.11 Uhr, Anfang 7.11 Uhr.
Eintritt Kopp per Kopp 50 Pfg. Es ladet ein: Das Komitee.



Turn-Verein v. 1861 E. B., (Handballabteilung)

Sonntag nachm. 2 bzw. 3 Uhr auf dem Sportplatz Wettspiel
Lv. Bismarckshaus — Lv. Flörsheim 1. u. 2. M.

Große Preisermäßigung
im Februar-Verkauf!

Schlafzimmer
in schwerster Ausführung fertig
und liefert als Spezialität unter
langjähriger Garantie die
Möbelschreinerei Joh. Winter,
Kistel, Gartenstr. 9, Gegr. 1901
Telefon 455 Amt Hofheim.



Alle Sorten
Oefen u. Koeder-Herde
Oefen von 16 Mk. an
Sämtl. Haus- u. Küchengeräte
empfehlen zu billigen Preisen.
Eisenhandlung Gutjahr,
Untermainstraße 26. Telefon 103.

Eine einfache Sache -
man muß sie nur kennen -



Was ist denn das?
Henko

Henko ist ein wunderbares Mittel, um die Wäsche zu waschen und zu bleichen. Es ist ein mildes, nicht-alkalisches Mittel, das die Wäsche sauber und weich macht. Es ist ein Mittel, das Sie kennen sollten.

Wir unterhalten ein großes Lager in
Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen, Arbeitszimmer, Einzelmöbel, Nähmaschinen, Kinderwagen

und bieten unseren Abnehmern diese einwandfrei gearbeiteten Möbel zu erleichterten Zahlungsbedingungen an. Wir berücksichtigen die soziale Lage jedes Einzelnen und gewähren

langfristige Teilzahlungen ohne Preisaufschlag!

Hausrat

Gemeinnützige Möbelversorgung für das Rhein-, Main- u. Lahnggebiet G.m.b.H.
Wiesbaden, Luisenstraße 17 Wiesbaden, Luisenstraße 17

Tapeten!

einfach vornehm preiswert
Ständig großes Lager zu billigsten Preisen
darunter garantiert lichtechte Tapeten.
Großes Lager in Linoleum, Wachstuche,
— Teppiche, Läufer und Fußmatten, —
Bei Einkauf von Mk. 10.- vergütete Fahrt

Tapetenhaus Zimmermann,
Wiesbaden, Marktstraße 12, gegenüber dem Rathaus.
Musterkarten stehen bei Bauunternehmer Herrn Hch. Willwohl zur gefl. Benutzung zur Verfügung.

Lacke und Oelfarben

bewährter Friedensqualität, fachmännisch hergestellt, Leinöl und Fußbodenöl, Kreide la Qualität, Bolus, Gips, sämtliche Erd- und Mineralfarben, Chemische Buntfarben
Farbenhaus Schmitt, Flörsheim am Main Telefon 99.

Carl Lütchemeier, Mainz
Uhren Ludwigsstraße 7 Juwelen
Gegründet 1873 Gegründet 1873

Uhren, Juwelen, Gold- und Silberschmuck

TRAURINGE

bekannt erstklassige Qualität. — Niedrige Preise

Uhren-Reparaturen.

Annahmestelle: Herr Küster Paul Gall, Flörsheim.

Sport-Verein 09

Heute Samstag Abend 8.30 Uhr wichtige Spielerversammlung im Vereinslokal zur Eintracht, betrifft Verbandsspiel in Camberg. Die 1. Jugend begibt sich am 7. Februar 1926 nach Kassel zum Freundschaftsspiel, Abfahrt 9.14 Uhr vorm. Bezüglich der Autofahrt nach Camberg wollen sich Interessenten am Samstag beim Vorstand melden.
Der Vorstand.

G. B. Niederfranz

Sonntag Mittag 2 Uhr und Montag Abend 8.30 Uhr Singstunde
im Taunus. Der Vorstand.

Sämtliche

Bücher

Einzelbände u. ganze Werke liefert zu Originalpreisen (bei größeren Aufträgen Rabatt) die Buchhandlung,
H. Dreisbach, Flörsheim
Karthäuserstr. 6, Telefon 59

Masken - Kostüme

zu verleihen. Schusterstr. 4

◆ Inferieren bringt Gewinn! ◆